Zeitschrift: Publikationen der Arbeitsgruppe für Kriminologie

Herausgeber: Schweizerisches Nationalkomitee für geistige Gesundheit ; Arbeitsgruppe für Kriminologie

Band: - (1979)

Vorwort: Eröffnung des Seminars = Ouverture du seminaire = Opening of the seminar

Autor: Jenny, Kurt

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 06.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ERÖFFNUNG DES SEMINARS

Kurt Jenny (Regierungsrat, Vorsteher des Justizdepartements Basel-Stadt)

Jede grundsätzliche Diskussion im Bereiche des allgemeinen Teils des Strafrechts führt früher oder später zur Frage nach dem Sinn und Zweck des Strafens überhaupt. Um der Schwierigkeit der Antwort auf diese Frage auszuweichen, wird dabei mit Vorliebe versucht, Massgebliches aus dem geschichtlichen Werdegang des Strafrechts unserer Kulturstaaten abzuleiten. Im wesentlichen können daraus die Hauptzwecke Sühne, Vergeltung, Generalprävention und Spezialprävention herauskristallisiert werden, die grundsätzlich auch für das in Kraft stehende Schweizerische Strafgesetzbuch noch gültig sind; welcher davon Vorrang geniessen sollte, ist noch heute heftig umstritten. Praktisch einhellige Auffassung herrscht lediglich über den Sinn des *Vollzugs* der Freiheitsstrafe, umso mehr, als hier auch der schweizerische Gesetzgeber ausdrücklich klar Stellung genommen hat, indem er in Artikel 37 Ziffer 1 des Strafgesetzbuches festlegte, dass der Vollzug der Zuchthaus- und Gefängnisstrafen erziehend auf den Gefangenen einwirken und ihn auf den Wiedereintritt in das bürgerliche Leben vorbereiten solle.

Welcher Zweck der Strafe auch immer zugedacht wird, es ist unbestritten, dass die Existenz eines Strafrechts notwendig ist. Der Staat muss die Möglichkeit besitzen, die Beachtung von Verhaltensnormen, die für das Zusammenleben grundlegend sind, nötigenfalls zu erzwingen. Damit ist selbstverständlich nicht gesagt, dass dies notwendigerweise mit der Androhung bzw. dem Vollzug der *Freiheitsstrafe* geschehen soll. Dies gilt insbesondere in Fällen, wo die erzieherische Wirkung des Vollzugs der angedrohten Freiheitsstrafe – soweit sie überhaupt besteht – gering ist. Zu diesen Fällen gehören – darin sind sich Theorie und Praxis für einmal einig – die Delikte, die nur eine kurze Freiheitsstrafe nach sich ziehen. Eine wirkliche Beeinflussung des Verurteilten ist zumindest in weniger als drei Monaten Strafvollzug kaum denkbar, wenigstens nicht im "prozessualen" Sinne – um einen von Dr. Victor *Kurt,* dem ehemaligen Chef für Strafrecht und Anstaltswesen der Eidg. Justizabteilung, verwendeten Begriff (Strafvollzug 1974, S.1) wiederzugeben, d.h. ohne die Möglichkeit "sich

folgender, aufeinander abgestimmter und zielgerichteter Einzeleinwirkungen". Ein gewisser erzieherischer Wert wohnt ihnen wohl inne, doch beschränkt er sich auf die "Ohrfeigenwirkung", wie sie mitunter bezeichnet wird (V. *Kurt*, a.a.O.). Gesamthaft muss heute festgestellt werden, dass die negativen Folgen der kurzen Freiheitsstrafen – insbesondere der in der Rezession schwerwiegende Verlust des Arbeitsplatzes – die positiven überwiegen. Ich halte es daher für bedauerlich, dass der eidgenössische Gesetzgeber, der die Problematik der kurzfristigen Freiheitsstrafe zweifellos erkannt hat, mit dem revidierten Strafgesetzbuch nur beschränkte Ersatzmöglichkeiten angeboten hat. Die Möglichkeit des bedingten Strafvollzugs, die bereits vor Einführung des Schweizerischen Strafgesetzbuches in einem grossen Teil der Kantone bestand, lässt zwar einen relativ grossen Spielraum, ist aber nicht in jedem Fall anwendbar; als Beispiel möchte ich nur den sich im Rückfall befindlichen angetrunkenen Motorfahrzeugführer nennen, dem nach der Praxis der Gerichte in aller Regel kein bedingter Strafvollzug mehr gewährt werden kann. Hier wäre etwa die Lösung mittels einer Ausweitung des Systems der Geldstrafe, möglicherweise in Angleichung an das skandinavische System der Tagesbussen oder auch ein Führerausweisentzug als Hauptstrafe denkbar, um nur zwei von verschiedenen Möglichkeiten zu nennen.

Weitere taugliche Alternativen stehen in interessierten Kreisen seit etlicher Zeit zur Diskussion. Diesbezügliche Anregungen werden – so hoffe ich – im Laufe dieser Tagung ebenfalls zahlreich sein. Dabei bin ich besonders glücklich, dass Fachleute aus den verschiedensten Ländern der westlichen Welt an diesem Seminar teilnehmen, und wir Nutzen aus ihrem Wissen und aus ihren Erfahrungen ziehen dürfen. Auch die Konferenz der europäischen Justizminister hat sich mit möglichen Massnahmen zum Ersatz (hauptsächlich kurzer) freiheitsentziehender Sanktionen befasst (im Juni 1976 anlässlich der 10. Konferenz der europäischen Justizminister in Brüssel, vgl. Kriminologisches Bulletin, Dez. 76, Nr. 2, S. 38): Sie hat dabei dem Europarat empfohlen, Seminarien über die Verwirklichung solcher Massnahmen zu organisieren.

Es wäre wünschenswert, wenn in der Schweiz von Seiten des Bundes die Revision des allgemeinen Teils des Strafrechts vom Jahre 1971 im Bereiche der kurzen Freiheitsstrafen nicht als definitiv gelten würde und Bereitschaft bestünde, den neuen Erkenntnissen auf diesem Gebiet

Rechnung zu tragen: Der mit der Revision neu geschaffene Artikel 37 bis des Strafgesetzbuches, der für den Vollzug kurzer Freiheitsstrafen (von nicht mehr als drei Monaten) die Form der Haft vorschreibt, zeigt, dass auch von dieser Seite das Bestreben vorherrscht, für kurzfristige Freiheitsstrafen nach neuen Lösungen zu suchen. In diesem Sinne kommt dieser Tagung eine eigentliche rechtspolitische Bedeutung zu, und ich hoffe, dass auch über unsere Landesgrenzen hinaus dieses Seminar Anregungen bietet.

Da Gesetzesrevisionen, wie bekannt ist, etliche Zeit beanspruchen, können wir uns nicht damit begnügen, in deren Erwartung einfach die Hände in den Schoss zu legen. Es drängt sich vielmehr die Frage auf: Was können wir hier und jetzt dazu beitragen, die Schäden der kurzfristigen Freiheitsstrafen zu vermeiden?

Hier wäre zunächst an die Gerichte zu appellieren, denen ja die Aufgabe zukommt, eine "gerechte" Strafe auszufällen. Wenn auch in der Anwendung des bedingten Strafvollzugs die Gerichte in den letzten Jahrzehnten grosszügiger geworden sind, so kann man sich doch des Eindrucks nicht erwehren, dass in diesem Bereiche noch nicht alle Möglichkeiten erschöpft sind. Wie sich das Schweizerische Bundesgericht neuerdings geäussert hat (BGE 99 IV 69), ist für die Prognosestellung – der bedingte Strafvollzug setzt bekanntlich eine günstige Prognose voraus – auch die Wirkung einer allfällig anzuordnenden Schutzaufsicht oder zu erteilenden Weisung (z.B. beim Alkoholiker: sich alkoholfürsorgerisch betreuen zu lassen) zu berücksichtigen. Das Argument, das heute von Kritikern des Strafvollzugs mitunter gegen die Schutzaufsicht vorgebracht wird, dürfte infolge der in der Schutzaufsichtspraxis eingetretenen Verlagerung des Schwerpunktes von der Kontroll- zur Beratungsfunktion weitgehend überholt sein. Die Gerichte erweisen sich, wenn sie einmal Schutzaufsicht angeordnet haben, in der Frage des Widerrufs des bedingten Strafvollzugs (wie übrigens auch die Vollzugsbehörden bezüglich eines allfälligen Widerrufs einer bedingten Entlassung) im allgemeinen als zurückhaltend. Der Vorwurf, die Strafverbüssung werde angeordnet, sobald es zu Problemen käme, um deren Bearbeitung es gerade ginge, trifft sicher nur ganz ausnahmsweise zu. Solange ein Schützling nicht schwerwiegend rückfällig wird, wird immer wieder versucht, ihm weiterzuhelfen.

Dass das in der Schweiz geltende Recht dem Richter nicht zudem die Möglichkeit biete, statt Freiheitsstrafen in Zukunft vermehrt Bussen mit einem den konkreten Delinquenten tatsächlich empfindlich treffenden Betrag auszusprechen, davon bin ich nicht überzeugt. Ich meine, dass Artikel 48 des Strafgesetzbuches hier einen weiten Spielraum offen lässt. Es scheint mir, dass der Richter, der die Akten im konkreten Straffall gründlich zu studieren verpflichtet ist, auch am ehesten in der Lage wäre, festzustellen, welche Form der Strafe für den von ihm Verurteilten am geeignetsten sei. Unverhältnismässige schädliche Wirkungen sollte er im Rahmen der bereits bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten vermeiden.

Die Meinung, die Vollzugsbehörden hätten es in der Hand, die negativen Auswirkungen der kurzen Freiheitsstrafen durch Erleichterungen im Vollzug (mittels Anwendung der neuen Vollzugsformen der Halbgefangenschaft und des tageweisen Vollzugs) abzuwenden, ist irrig. Wohl haben diese Vollzugsformen für den betroffenen Verurteilten nicht zu unterschätzende Vorteile: Er wird nicht aus dem Berufsleben herausgerissen und läuft weniger Gefahr, seine Stelle zu verlieren; auch kann er damit in der Regel weiterhin für den Unterhalt seiner Familie sorgen, da er den ordentlichen Lohn erhält und lediglich einen Pensionskostenanteil entrichten muss. Es darf aber nicht übersehen werden, dass diese Vollzugsformen vom Gefangenen eine sehr grosse persönliche Disziplin verlangen, muss er sich doch "jeden Tag freiwillig und ohne jeden Fehler zu begehen, erneut einschliessen lassen", wie dies unser Justizminister, Bundesrat *Furgler*, einmal treffend formuliert hat (zitiert in: Kriminologisches Bulletin, 1976, Nr. 2, S. 39). Verantwortbar ist die Halbgefangenschaft und der tageweise Vollzug daher in aller Regel nur bei Freiheitsstrafen bis zu einem Monat. Hinzu kommt, dass diese Vollzugsformen, die beispielsweise nach den Richtlinien der Konkordatskonferenz der Nordwest- und Innerschweiz in einem Untersuchungs- oder Bezirksgefängnis durchzuführen sind, eine erhebliche Mehrbelastung des Gefängnispersonals, abgesehen vom erhöhten Sicherheitsrisiko, darstellen. Eine echte Lösung des Problems der kurzfristigen Freiheitsstrafen sind meines Erachtens diese Vollzugsformen somit nicht.

Eine Alternative auf der Ebene des Vollzugs bleibt somit unbefriedigend. Es müsste vielmehr, wie ich oben angetönt habe, bereits der unabhängige, unparteiische, "akten- und personenkundige" Richter eine Ersatzstrafe

aussprechen.

Ich gebe der Erwartung Ausdruck, dass dank diesem Seminar gute und in den für die notwendigen Gesetzesänderungen zuständigen politischen Gremien durchsetzbare Alternativen zu den kurzen Freihheitsstrafen postuliert werden. Herrn Dr. *Haesler,* dem verdienstvollen Initianten dieser Tagung, sowie allen Teilnehmern dürfen wir dankbar sein, dass sie sich diesem brennenden Problem widmen.

OUVERTURE DU SEMINAIRE

Kurt Jenny (Conseiller d'État, Chef du Département de Justice, Bâle-Ville)

Toute discussion fondamentale dans le domaine de la partie générale du droit pénal conduit tôt ou tard à se poser la question du sens et du but de la punition de façon générale. Pour éluder la difficulté de la réponse à cette question, l'on cherche de préférence à déduire les notions principales de l'évolution historique du droit pénal de nos états civilisés. L'on peut essentiellement en dégager les buts principaux de l'expiation, des représailles, de la prévention générale et de la prévention spéciale, qui sont en principe toujours valables pour le code pénal suisse en vigueur. La question de savoir lequel d'entre eux doit avoir le pas sur les autres, est vivement controversée aujourd'hui encore. Néanmoins le sens de *l'exécution* de la peine privative de liberté fait pratiquement l'unanimité, d'autant plus qu'en l'occurence le législateur suisse a clairement pris position en édictant dans l'article 37 premier alinéa du code pénal, que la réclusion et l'emprisonnement sont à exécuter de manière à exercer sur le détenu une action éducatrice et à préparer son retour à la vie libre.

Il est clair que le droit pénal est une nécessité, quel que soit le but que l'on attribue à la peine. L'État doit avoir la possibilité de faire respecter les règles de comportement qui sont fondamentales pour la cohabitation. Ce qui ne veut pas dire que cela doit forcément passer par la menace, voire l'exécution d'une peine privative de liberté. Et ceci tout particulièrement dans les cas où l'action éducatrice de l'exécution de la peine d'emprisonnement, pour autant qu'elle existe, est faible. Parmi ces cas, il y a, la théorie et la pratique sont pour une fois unanimes, les délits qui n' entrainent qu'une peine d'emprisonnement de brève durée. Il est à peine pensable qu'une véritable influence puisse s'exercer sur le condamné, lors d'exécutions de peine de moins de trois mois en tout cas, du moins au sens «procédural», pour reprendre une expression employée par M. Victor *Kurt,* ancien chef de la Section Droit pénal d'Établissements de la Division fédérale de Justice (Strafvollzug, 1974, p. 1), c.à.d. sans la possibilité d'actions individuelles que se succèdent, sont accordées les unes aux autres et visent à atteindre le même but. Elles ont certes quel-

que valeur éducative: toutefois elle se limite à l'effet «de la gifle», tel qu'on le décrit parfois (V. *Kurt* précité). Il faut constater aujourd'hui qu'en définitive les conséquences négatives des peines privatives de liberté de brève durée, en particulier la perte fort grave de la place de travail en période de récession, pèsent plus lourd que les positives. C'est pourquoi je trouve regrettable que le législateur fédéral, qui a sans aucun doute été conscient du problème des peines d'emprisonnement de courte durée, n'ait offert lors de la révision du code pénal, que des succédanés limités. Si la possibilité du sursis à l'exécution de la peine, qui existait déjà dans une grande partie des cantons avant l'introduction du code pénal suisse, laisse cependant une marge relativement importante, elle n'est pas pour autant toujours applicable: j'aimerais simplement citer l'exemple de la récidive de conduite en état d'ébriété d'un conducteur de véhicule automobile qui, selon la jurisprudence des tribunaux, ne peut ainsi en principe plus bénéficier d'aucun sursis. La solution pourrait être trouvée ici dans un élargissement du système des amendes, peut-être dans la forme scandinave des amendes journalières, ou bien encore dans le retrait du permis de conduire en tant que peine principale, pour ne citer que ces deux éventualités.

Cela fait quelque temps que d'autres alternatives valables sont à l'ordre du jour dans les milieux intéressés. J'espère qu'il y aura aussi de nombreuses autres suggestions au cours de ce congrès. En outre je suis particulièrement heureux, que des spécialistes des pays les plus différents du monde occidental participent à ce séminaire, et que nous puissions ainsi tirer profit de leurs connaissances et de leur expérience.

L'on s'est occupé lors de la conférence des ministres européens de la justice également, des mesures pouvant remplacer les sanctions (essentiellement celles qui sont de courte durée) de privation de liberté (en juin 1976 au cours de la 10ème conférence des ministres européens de la justice à Bruxelles, cf. bulletin criminologique, déc. 1976, n° 2, p. 38): à cette occasion, il a été recommandé au Conseil de l'Europe d'organiser des séminaires portant sur la réalisation de telles mesures.

Il serait souhaitable, qu'en Suisse la Confédération ne considère pas la révision du code pénal de 1971 concernant les peines d'emprisonnement de brève durée comme définitive, et que des dispositions soient prises pour tenir compte des connaissances nouvelles en cette matière: l'article

37bis du code pénal nouvellement inséré par la révision, et prescrivant la forme des arrêts en tant qu'exécution de peines privatives de liberté de courte durée (de pas plus de trois mois), montre que de ce côté aussi l'on s'efforce de trouver des solutions nouvelles aux brèves peines d'emprisonnement. Ce congrès a en ce sens une signification de politique juridique, et j'espère qu'il trouvera un écho également au delà de nos frontières.

Comme les révisions de lois exigent, ainsi qu'on le sait, quelque temps, nous ne pouvons nous contenter de les attendre les bras croisés. Il faut bien plus se poser la question suivante: que pouvons nous faire en l'occurence, et maintenant, pour éviter les préjudices qui découlent des peines privatives de liberté de brève durée?

Nous pourrions tout d'abord en appeler aux tribunaux qui ont en fait la tâche de prononcer des jugements «équitables». Même si les tribunaux sont devenus plus généreux dans l'application du sursis, on ne peut s'empêcher d'avoir l'impression que toutes les possibilités n'ont pas encore été exploitées en la matière. Comme l'a récemment souligné le Tribunal fédéral (ATF 99 IV 69), il est également nécessaire de tenir compte de l'effet d'un patronage ou des règles de conduite qu'il faut éventuellement ordonner ou imposer (par exemple pour l'alcoolique le fait de se soumettre au traitement des alcooliques) pour établir le pronostic, le sursis exigeant comme on le sait un pronostic favorable. L'argument qui est parfois allégué contre le patronage par ceux qui critiquent l'exécution de la peine, devrait être largement dépassé du fait que dans le patronage l'accent n'est plus mis actuellement sur la fonction de contrôle, mais sur celle de conseil. Une fois qu'ils ont ordonné un patronage, les tribunaux font en général preuve de réserve lorsqu'il s'agit de révoquer un sursis. Ce n'est qu'exceptionnellement qu'est fondé le reproche selon lequel l'exécution de la peine serait ordonnée dès qu'il y aurait des problèmes. L'on essaiera toujours de faire quelque chose pour un délinquant astreint à un patronage, pour autant qu'il ne récidive pas gravement.

Je ne suis pas persuadé que le droit en vigueur en Suisse n'offre pas en outre la possibilité pour le juge de prononcer, à la place des peines d'emprisonnement, dorénavant plus souvent des peines d'amende d'un montant touchant effectivement le délinquant concret de manière sensible. Je pense que l'article 48 du code pénal laisse en cela une large marge. Il

me semble que le juge qui est contraint, lors d'un cas pénal concret, d'étudier le dossier à fond, est le plus apte à déterminer la forme de peine la plus appropriée pour celui qu'il condamne. Il devrait, dans le cadre des possibilités légales existant déjà, éviter les conséquences disproportionnellement préjudiciables.

C'est une erreur de croire que c'est aux autorités pénitenciaires de parer les suites négatives des peines d'emprisonnement, par des allégements dans l'exécution (au moyen de l'application des nouvelles formes d'exécution de la détention à mis-temps et de l'exécution durant le jour). Bien sûr ces formes d'exécution ont pour le condamné concerné des avantages qu'il ne faut pas sous-estimer: il n'est pas sorti de sa vie professionnelle, et court moins le risque de perdre sa place: et il peut aussi en général continuer à entretenir sa famille puisqu'il obtient son salaire normal et qu'il doit simplement contribuer aux frais de pension. Mais il ne faut pas oublier que ces formes d'exécution exigent une très grande discipline personnelle de la part du détenu, étant donné qu' «il doit chaque jour se faire à nouveau enfermer de plein gré et sans commettre une faute», comme l'a si justement exprimé notre ministre suisse de la justice, le conseiller fédéral *Furgler* (cité dans le bulletin criminologique 1976, n° 2, p. 39). Dès lors l'on ne peut répondre en règle générale de la captivité à mis-temps ou de l'exécution durant la journée qu'en cas de peines privatives de liberté jusqu'à un mois. En plus vient s'ajouter le fait que ces formes d'exécution, qui par exemple d'après les lignes directrices de la conférence concordataire de la Suisse occidentale et centrale doivent être accomplies dans des prisons préventives ou des prisons de district, conduisent à une lourde surcharge du personnel pénitenciaire, sans compter l'augmentation des risques au niveau de la sécurité. C'est pourquoi ces formes d'exécution ne constituent pas à mon avis une véritable solution au problème des peines privatives de liberté de courte durée.

Il n'y a par conséquent pas d'alternative satisfaisante au niveau de l'exécution. Il faudrait bien plus, comme je l'ai signalé plus haut, que ce soit des juges indépendants, impartiaux, connaissant les actes et les personnes qui prononcent une peine de remplacement.

Je formule l'espoir que grâce à ce séminaire soient sollicitées de bonnes alternatives aux peines d'emprisonnement de courte durée pouvant être

adoptées dans les milieux politiques compétents pour les modifications légales nécessaires. Nous pouvons être reconnaissants à M. *Haesler*, l'initiateur méritant de ce congrès, ainsi qu'à tous les participants, de se consacrer à ce problème brûlant.

OPENING OF THE SEMINAR

Kurt Jenny (Minister of Justice, Basle)

All fundamental discussion in the sphere of the general section of penal law leads sooner or later to the question of the sense and purpose of punishment in general. In order to elude the difficulty involved in answering the question preference is usually given to an attempt to derive determining features from the historical development of the penal law of our civilized countries. The main purposes of atonement, reprisal, general prevention and special prevention are the intrinsic results of such an attempt, and these are also still basically valid for the Swiss Penal Code at present in force. Which of them should take priority is still a controversial question today. Virtually the only unanimity of opinion is on the sense of the *method of enforcement* of the prison sentence, the more so because here the Swiss legislative body has also taken up an expressly clear position by laying down in Clause 37 Subparagraph 1 of the Penal Code that the method of enforcement of the sentence in penitentiaries and prisons should have an educative effect on the prisoner and should prepare him for reintegration into normal life.

Whatever purpose punishment is intended to have, it is obvious that the existence of a penal law is necessary. The state must be able to enforce, if need be, the regard of norms of behavior that are fundamental for life in a community. By that is not meant, of course, that this should necessarily be brought about by the threat or, as the case may be, the enforcement of the prison sentence. This is particularly valid in cases where the educative sense of the method on enforcement of the threatened term of imprisonment - as far as it exists at all - is minor. To these cases - in this theory and practice are in agreement for once - belong the offences which entail only a short term of imprisonment. Real influencing of the person sentenced is scarcely to be imagined in less than three months' imprisonment, at least not in the sense "relating to legal proceedings" - to quote a concept used by Dr. Victor *Kurt*, former head of the Penal Law and Institution Office of the Federal Department of Justice, that is without the possibility of "individual influences that are consequent upon each other, geared to each other and have a definite

purpose". A certain educative value is probably inherent in them, but it is limited to the effect of a "box on the ears", as it is sometimes called.

In general the fact has been confirmed by now that the negative consequences of short-term imprisonment - particularly the loss of the offender's job, which is a matter of no small importance in a period of general recession - outweigh the positive. I therefore think it regrettable that the Federal legislative body, which is doubtlessly familiar with the problems entailed in short-term imprisonment, has only offered limited alternatives by the revised Penal Code. The possibility of a conditional sentence, which already existed in most cantons before the introduction of the Swiss Penal Code, indeed allows a relatively large margin of freedom, but is not applicable in every case. As an example I should just like to mention the recidivist drunken driver, who according to customary court procedure cannot as a rule be given a conditional sentence. Here the solution might lie in an extension of the fine system, possibly in approximation to the Scandinavian system of day fines, or also the withdrawal of the offender's driving licence as the main punishment, to indicate only two of the various solutions possible.

Further feasible alternatives have been discussed by interested circles for some time. Suggestions on this subject will - I hope - also be numerous in the course of this conference. Thus I am especially glad that specialists from many different countries of the Western world are taking part in this seminar, and that we are able to benefit from their knowledge and their experience.

The Conference of the European Ministers of Justice also dealt with possible measures for the replacement of (mainly short-term) imprisonment (in June 1976 on the occasion of the Tenth Conference of the European Ministers of Justice in Brussels): Then it recommended the European Council to organize seminars on the realization of such measures.

It would be desirable if in Switzerland the Confederation did not regard the revision of the general section of the Penal Code of the year 1971 on the subject of short-term imprisonment as definite, and if there were a readiness to take into account the new ideas in this field: Clause 37 bis

of the Penal Code, newly created by the revision, which prescribes the form of custody for short-term imprisonment (of not more than three months' duration), shows that here, too, there is an endeavour to find new solutions for short-term imprisonment. From this point of view this conference acquires a real (legal and) political sense, and I hope this seminar will also provide stimulation beyond the borders of our country.

Since the revision of laws takes some time, as is well-known, we cannot content ourselves with simply doing nothing in the expectation of it. The following question inevitably arises: What can we do here and now to avoid the harm done by short-term imprisonment?

In the first instance appeal should here be made to the courts, whose task it is, after all, to pass a "just" sentence. Even if the courts have become more generous in the granting of conditional sentences in the last few decades, one cannot help having the impression that not all the possibilities in this field have been exhausted yet. As the Swiss Federal Court gave to understand recently, for the prognosis - a conditional sentence presupposes, as is well-known, a favourable prognosis - the effect of any order for protective supervision which may be given (for example in the case of an alcoholic: to undergo treatment with the aim of curing him of alcohol addiction), is also to be taken into account. The argument that is sometimes put forward against protective supervision by critics of imprisonment might be largely overridden as a consequence of the shift of emphasis which has taken place in the practice of protective supervision from a supervisory to an advisory function. The courts generally prove cautious, when they have once ordered protective supervision, in the question of the countermanding of the conditional sentence (as, moreover, are the executive authorities with reference to a possible countermanding of a conditional discharge). The objection that the serving of the sentence would be ordered as soon as problems arose whose solution was exactly the matter in hand is certainly only quite exceptionally justified. As long as an object of care does not become gravely recidivist, attempts will be made again and again to help him on further.

I am not convinced that Swiss law would not, moreover, offer the judge the possibility of giving fines more frequently in future, of a level

sufficiently high to deter the particular offender, instead of imprisonment. In my opinion Clause 48 of the Penal Code leaves plenty of scope here.

It seems to me that the judge, whose duty it is to examine the reports thoroughly in a particular criminal case, would also be in the best position to decide which form of sentence would be most suitable for the person sentenced by him. He should avoid disproportionately harmful effects as far as is compatible with the legal possibilities that already exist.

The view that the executive authorities have it in their power to avert the negative consequences of short-term imprisonment (by applying the new forms of part-time imprisonment and imprisonment on certain days) is mistaken. It is true that these forms of serving a sentence have advantages for the particular person sentenced which are not to be underrated: He is not removed from his working life and runs a smaller risk of losing his job; he can also continue to provide for his family as a rule, since he receives a decent wage and only has to pay for a part of his board and lodging. However one must not overlook the fact that these forms of serving a sentence require very great personal discipline of the prisoner, as he has to "allow himself to be locked up again voluntarily and without having done anything wrong every day", as our Swiss Minister of Justice, Mr. *Furgler*, member of the Federal Council, once aptly put it.

Part-time imprisonment and imprisonment on certain days are thus only defensible as a rule in the case of sentences of up to one month's imprisonment. An additional factor for consideration is that these forms of sentence, which, for example, according to the guiding principles of the Concordat Conference of North-West and Central Switzerland are to be served in a remand prison or a county jail, mean a considerable increase in work for the prison staff. Thus these forms of sentence are not, in my opinion, a real solution of the problem of short-term imprisonment.

One alternative in the sphere of the method of enforcement of a prison sentence thus remains unsatisfactory. As I have mentioned above, it

would rather have to be for the independent, impartial judge with a detailed knowledge of the documents and persons in the case to decide on an alternative sentence.

I hopefully anticipate that, thanks to this seminar, good and practicable alternatives to short-term imprisonment will be put forward in the political bodies responsible for the necessary alterations of the law.

We are very grateful to Dr. *Haesler*, the initiator of this conference, to whom great credit is due, and all the participants for devoting themselves to this urgent problem.